

# Gleich Wird's Grün. Freiburger Fahrpreiskämpfe 1968<sup>1</sup>

Von  
LARS MÜLLER

## Einleitung

Die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr sollten in Freiburg zum 1. Februar 1968 erhöht werden. Dies beschloss der Gemeinderat Mitte Dezember 1967, ohne zu ahnen, welche Lawine er damit lostreten würde. Die Entscheidung löste die bis dahin größten Demonstrationen aus, die Freiburg nach dem 2. Weltkrieg erlebt hatte. Sie standen im Zusammenhang mit den weltweiten Bewegungen, die besonders in den Jahren 1967 und 1968 die Gesellschaften erschütterten.

In Deutschland schuf die Restauration der konservativen Gesellschaft in den 50er-Jahren einen tiefen Graben zwischen staatlichen Institutionen und linker Opposition. Viele Nazis wurden gesellschaftlich rehabilitiert, die Verbrechen des deutschen Faschismus im stillen Konsens tabuisiert. In den Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze kristallisierte sich der Widerspruch zwischen der Wiederherstellung eines souveränen, starken Staates in Westdeutschland und dem Ringen um eine demokratische Gesellschaft heraus. Die Gewerkschaften mobilisierten bereits seit den frühen 60er-Jahren gegen die Einführung von Sondergesetzen zur Verhängung eines Ausnahmezustands, in dem Grundrechte außer Kraft gesetzt werden können.<sup>2</sup> Die Verabschiedung der Notstandsgesetze rückte mit der großen Koalition von 1966 in greifbare Nähe. Die Unionsparteien hatten gemeinsam mit der SPD im Bundestag eine Mehrheit, mit der sie Verfassungsänderungen bequem beschließen konnten.<sup>3</sup> An der Spitze dieser Regierung stand mit Kurt Georg Kiesinger als Bundeskanzler ein ehemaliges NSDAP-Mitglied. Durch die Regierungsbeteiligung schied die SPD als potentieller Bündnispartner für oppositionelle Politik aus. Spätestens mit Amtsantritt der Großen Koalition war eine marxistisch/sozialistisch orientierte Kritik innerhalb der staatlichen Institutionen nicht mehr vorstellbar. Aus diesem Grund formierte sich eine Außerparlamentarische Opposition, kurz APO. Die APO bezeichnet keine Organisation, sondern eine heterogene Bewegung u. a. gegen die parlamentarischen Notstandspläne, gegen deutsche Militärpolitik und für eine Demokratisierung der Hochschulen. Zahlreiche Anregungen zu Formen und Inhalten dieser Protestbewegung in Westdeutschland konnten aus den USA übernommen werden. Dort hatten sich Sit-ins und Teach-ins bereits seit einigen Jahren im Kampf gegen die Diskriminierung der Afroamerikaner und gegen den Vietnamkrieg bewährt. Theoretische Impulse kamen aus der „Neuen Linken“, einer Strömung, die seit Ende der 50er-Jahre mit einer Phase der Theoriebildung der Bewegung von 1968 vorausging. Die „Neue Linke“ bezog sich positiv auf die Marxsche Theorie der Gesellschaftskritik. Sie unterschied sich jedoch grundlegend von der „Alten Linken“, den kommu-

<sup>1</sup> Der Text entstand als Begleitheft zur gleichnamigen Quellenausgabe auf CD-ROM. Für die vorliegende Veröffentlichung wurde er leicht umgearbeitet. Die Dokumenten-Nummern (Dok.-Nr.) verweisen bei Quellenzitatzen auf die CD-ROM-Publikation: LARS MÜLLER: Gleich wird's grün. Freiburger Fahrpreiskämpfe 1968. Hg. vom Archiv Soziale Bewegungen Freiburg & Stadtarchiv Freiburg (Materialien zur Protestgeschichte 2). Freiburg im Breisgau 2003.

<sup>2</sup> Vgl. Notstandsgesetze. Notstand der Demokratie. Hg. von der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Vorstand. Text und Redaktion FRITZ OPEL, OLAF RADKE, DIETER SCHNEIDER, JÜRGEN SEIFERT, DIETHER STERZEL. o.O. 1966.

<sup>3</sup> Vgl. MAREN KROHN: Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze. Köln 1981, S. 210 ff.



nistischen Parteien der westlichen Staaten und dem stalinistischen Staatssozialismus des „Ostblocks“. Prägenden Einfluss auf die „Neue Linke“ hatten die prominenten Vertreter der „Frankfurter Schule“, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer. Nach ihrer Rückkehr aus dem Exil kam mit ihnen auch die Marxsche Theorie zurück an die Frankfurter Hochschule. In ihren Seminaren wurden viele spätere Aktivisten des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) herangebildet.<sup>4</sup> Der SDS, ursprünglich die Studentenorganisation der SPD, wurde 1961 wegen *Unvereinbarkeit* der Positionen aus der Partei ausgeschlossen.<sup>5</sup> Später war er die wichtigste Studentenorganisation der außerparlamentarischen Protestbewegung.

Die APO bezog sich stark auf Befreiungsbewegungen in den Ländern der so genannten Dritten Welt. In der Regel sozialistisch orientiert, richteten diese sich gegen die postkolonialen, häufig diktatorischen und von den westlichen Staaten gestützten Regime in ihren Ländern. Das waren die revolutionären Bewegungen auf der ganzen Welt, wie in Kuba, den Ländern Lateinamerikas und eben auch in Vietnam. Bereits 1966 veranstaltete der SDS in Frankfurt a. M. einen Kongress zur Analyse des Krieges der USA in Vietnam.<sup>6</sup> An der Abschlusserklärung lässt sich die Argumentationskette der APO, hier repräsentiert durch den SDS, gut ablesen: *Der Vietnamkonflikt ist keine zufällige Einzelerscheinung, sondern ein Modellfall für ähnliche – bereits sich entfaltende – Konflikte in anderen halbkolonialen Agrarländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.*<sup>7</sup> Zur Fortsetzung der *imperialistischen Ausbeutung* machten die USA den Versuch, die *anwachsenden Emanzipationsbewegungen in der ‚Dritten Welt‘ gewaltsam niederzuhalten.*<sup>8</sup> Der Deutschen Regierung wurde ihre indirekte Beteiligung daran vorgeworfen. Denn selbst *wenn es in diesem Fall noch nicht zu einem direkten militärischen Engagement Westdeutschlands kommt, können doch an die Stelle der nach Vietnam verlegten US-Truppen neue aufgestellte deutsche Bataillone treten ... Eine derartige Entwicklung ... würde die Verschärfung der mit den Notstandsgesetzen ohnehin schon offen geplanten Entdemokratisierung und Militarisierung der Bundesrepublik, die Verschärfung des Angriffes auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten bedeuten.*<sup>9</sup> In diesem Sinne wurde auch die militärische und geheimdienstliche Unterstützung der iranischen Diktatur durch die USA kritisiert. Als das Staatsoberhaupt des Iran, der Schah Mohammad Resa Pahlawi, am 2. Juni 1967 in Berlin zum Staatsbesuch eintraf, wurde gegen den Schulterchluss der deutschen Regierung mit dem Diktator demonstriert. Dieser Tag wurde zum tiefen Einschnitt für die Opposition in Westdeutschland. Unter massiven Sicherheitsvorkehrungen besuchte der Schah am Abend die Berliner Oper, während draußen demonstriert wurde. Gemeinsam mit Schah-Anhängern, den „Jubelpersern“, machte die Berliner Polizei vor dem Operngebäude Jagd auf Demonstranten. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurde der Student Benno Ohnesorg von der Polizei erschossen. Dieser Vorfall rückte die geplanten Notstandsgesetze in ein neues Licht.<sup>10</sup> Um sich im Austausch mit dem Diktator nicht stören zu lassen, war man bereit, über Leichen zu gehen. Es waren nicht mehr nur die Aktivisten, die dieses Bild eines zutiefst autoritären Staates zeichneten. Der Staat hatte sich, so musste es erscheinen, selbst demaskiert und vorgeführt, wozu er fähig war. *Die Ereignisse in Berlin ... haben die Ohnmacht der Studenten gezeigt, wenn diesen die organisierte Gewalt des Systems gegenübertritt,* schrieb der SDS-Bundesvorstand am 7. Juni 1967 zu den Berliner Vorgängen in ein Flugblatt.<sup>11</sup> Als Konsequenz aus den Erfahrun-

<sup>4</sup> JOHANNES AGNOLI: 1968 und die Folgen. Freiburg 1998, S. 253.

<sup>5</sup> Vgl. WILLY ALBRECHT: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken (Politik- und Gesellschaftsgeschichte/Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung 35). Bonn 1994, S. 421.

<sup>6</sup> Ebd., S. 455.

<sup>7</sup> Archiv Soziale Bewegungen Freiburg (ASBF), 5.2.1.2.I.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Vgl. INGRID GILCHER-HOLTEY: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. München 2001, S. 66 f.

<sup>11</sup> ASBF, 5.2.1.2.I



gen vom 2. Juni forderte der SDS *die Studenten zur Solidarität mit allen auf, die gegen die ... Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen des Kapitalismus protestieren und kämpfen*.<sup>12</sup> Der Anstoß zur Ausweitung der Protestbewegung war damit gegeben.

Auch im entfernten Freiburg löste der *Mord in Berlin* Entsetzen aus. *Wenn die Manipulation der Springer-Presse nicht mehr ausreicht, um der Regierungspolitik nicht genehme Meinungen zu unterdrücken, wird brutale Gewalt eingesetzt und auch vor Mord nicht zurückgeschreckt ... Der zweite deutsche Versuch zur Demokratie darf nicht zur Farce werden!*<sup>13</sup> So schrieb der keineswegs radikale, sondern linksliberal orientierte Freiburger AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss) in einem Flugblatt und rief zur Demonstration am 6. Juni auf. Es kamen 1000 Demonstranten. Vor dem 2. Juni waren es nur zwanzig Aktivisten, die sich an einer Protestaktion gegen den Schahbesuch beteiligten. Bis die steigende Spannung unter Freiburgs Schülern und Studenten und deren zunehmende politische Formierung Ausdruck in einer Bewegung fanden, verging jedoch noch über ein halbes Jahr.

### Die Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhungen

Unter dem Namen *Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhung* bildeten mehrere politische Schüler- und Studentengruppen ein informelles Bündnis. Als Flugblattunterzeichner erscheint bei den Fahrpreisdemonstrationen mehrfach das Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler (AUSS). Bereits seit Juni 1967 machten Schüler in diesem bundesweiten Zusammenschluss mit radikalen Forderungen Politik. Mit den programmatischen Beschlüssen wurde der späteren Schülerbewegung die inhaltliche Richtung gegeben. Das AUSS kämpfte – in dieser Reihenfolge – für eine Stärkung der Schüler-Mitverwaltung, für Sexualerziehung in der Schule, gegen die Notstandsgesetze, für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und gegen den Krieg in Vietnam.<sup>14</sup> Eine ähnliche politische Ausrichtung gab sich die Freiburger Sozialistische Schüलगewerkschaft (SSG). Sie wurde im November 1967 gegründet, um die Schule radikal zu demokratisieren und Schüler über wirksame Mitspracherechte wesentlich an der Gestaltung des Schulalltags zu beteiligen. Das aus drei Punkten bestehende Programm war kurz, aber eindeutig: *1. Das Recht der Schüler, bei allen sie betreffenden Entscheidungen gleichberechtigt mit den Kursleitern zu entscheiden ... 2. Die Auflösung aller bestehenden pädagogischen Institutionen ... 3. Die Konstitution der Schule als einer freien Studienorganisation*.<sup>15</sup> Die ersten Schritte zur Umsetzung des Konzepts sollten die Einführung neuer Fächer wie Sexualkunde, Philosophie und Soziologie sein, genauso wie die *Ersetzung des Direktors durch einen Verwaltungsangestellten*. Die eigentliche Schulleitung sollte durch ein Gremium aus Schülern und Lehrern ersetzt werden.<sup>16</sup> *Es hat ohnehin etwas den Anschein, als ob der Lehrer an der dem SSG vorschwebenden Schule zum Vollzugsorgan des Schülerwillens wird*, kommentierte ein Zeitungsredakteur etwas spöttisch im Bericht über die neue Gruppierung.<sup>17</sup> Gleichwohl traf er damit ins Schwarze, ohne jedoch zu bemerken, dass die Schüler ihre Forderungen ernst meinten und sie durchaus die revolutionäre Bereitschaft besaßen, für ihre Ziele zu kämpfen. In einem Leserbrief schrieb eine 17-jährige Schülerin später zu den Fahrpreisdemonstrationen: *Wer protestiert schon? Die Erwachsenen!?*<sup>18</sup> Und sie beklagte, dass Jugendliche nicht ernst genommen werden, und die Erwachsenen nichts tun. *Wir sind nicht machtlos*<sup>19</sup> wurde deshalb die zentrale Parole der Aktionsgemeinschaft Freiburger Schüler. Sie

<sup>12</sup> Ebd.

<sup>13</sup> ASBF, 5.3.3.II; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 3060.

<sup>14</sup> ASBF, 3.1.6.I; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 3116.

<sup>15</sup> ASBF, 5.3.4.1; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 4400.

<sup>16</sup> Ebd.

<sup>17</sup> ASBF, 5.3.4.1; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 4406.

<sup>18</sup> Stadtarchiv Freiburg (StadtAF), C5/5373; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11248.

<sup>19</sup> ASBF, 5.3.4.1.I; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 4390.



führten einen Kampf für ihre eigenen Interessen, für ihre Lebensqualität: *Gerade wir brauchen die Straßenbahnen am nötigsten! Gerade für uns sollten die Preise gesenkt werden!*<sup>20</sup>

Bei den Studenten traten mehrere Gruppen in Erscheinung. An erster Stelle steht der SDS als treibende Kraft der Demonstrationen. Er war Anlaufstelle für alle, die die Revolution bzw. die Revolte wollten. Im Unterschied zu anderen politischen Studentengruppen richtete der SDS seine Aktivitäten nicht primär auf Gremienarbeit innerhalb der Universität. Er hatte eine Doppelfunktion als politische Hochschulgruppe und als offene Institution der Bewegung. Aus dem SDS kam der eigentliche Antrieb zum Protest, der grundlegende Gesellschaftskritik einschloss. Der Staat, so wurde argumentiert, wird repressiv, wenn das Volk *seine Mündigkeit einmal unter Beweis stellen will. Dann zeigt der Ruf nach Ruhe und Ordnung, nach Knüppeln und Wasserwerfern, wie schwach die demokratische Fassade ist ... Nur so werden ‚die Herren da oben‘ begreifen, daß sie für das Volk da sind – nicht umgekehrt –, daß sie zum Volk kommen und sich verantworten müssen, wenn dieses ruft.*<sup>21</sup>

Die öffentliche Wahrnehmung „der“ Studenten war jedoch stark durch die studentischen Hochschulgremien geprägt. So liefen Gespräche zwischen „den“ Studenten und der Stadtverwaltung grundsätzlich über den AStA und den Studentenrat. Der Studentenrat (StR) bestand aus 30 gewählten Mitgliedern verschiedener Hochschulgruppen, die wiederum die Zusammensetzung des AStA bestimmten. Im Februar 1968 war der SDS in diesen Gremien zwar vertreten, die Mehrheit stellten aber linksliberale bzw. bürgerliche Vereinigungen: Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB), Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Liberaler Studentenbund Deutschlands (LSD), konfessionelle Gruppen und Vertreter der Burschenschaften. Die stärkste Fraktion im AStA war die Liste Unabhängiger Studenten (LUST). Mit einem radikal-demokratischen Konzept trat sie *für die materielle Verwirklichung der Menschenrechte sowie für eine soziale und demokratische Gesellschaftsordnung ein.*<sup>22</sup> Die LUST grenzte sich in ihrer Hochschul-Wahlwerbung 1968 ausdrücklich von jeglichen parteipolitischen Zugehörigkeiten ab.

## Auslöser der Bewegung

In den letzten Januartagen hielt ein politisches Großereignis die Freiburger in Atem. Die FDP führte am Montag, den 29. Januar 1968, in der Stadthalle ihren Bundesparteitag durch. Auf Einladung des Liberalen Studentenbundes sollte der *SDS-Ideologe Rudi Dutschke*<sup>23</sup> Montagnachmittag zur Diskussionsrunde mit FDP-Bundespolitikern anreisen. Diese Veranstaltung wurde von den Jungdemokraten, der FDP-Jugendorganisation, aufgrund des Druckes aus der Parteiführung jedoch in letzter Minute abgesagt. Dutschke kam dennoch. LSD und SDS hatten nun zu einer Kundgebung unter dem Motto *Fürchtet die FDP die Diskussion?*<sup>24</sup> vor die Stadthalle mobilisiert. Einzig der Soziologie-Professor und FDP-Politiker Ralf Dahrendorf fand sich zu einem Streitgespräch mit Rudi Dutschke auf einem Autodach bereit. Etwa 3000 Kundgebungsteilnehmer und Neugierige verfolgten die Prominenten-Diskussion. Dieses Großereignis und Nachrichten über Unruhen in anderen Städten schufen konkrete Bezüge zwischen Freiburg und entfernten Großstädten.

Nicht nur in Freiburg sollten die Straßenbahntarife zum Jahresbeginn 1968 erhöht werden. In Bremen hatte es im Januar erfolgreiche Proteste gegeben. Nur wenige Tage, nachdem in der Zeitung von Krawallen in Bremen zu lesen war, wandten sich die Freiburger Verkehrsbetriebe

<sup>20</sup> StadtAF, M 31/3a; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9209.

<sup>21</sup> StadtAF, C5/5373; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11397.

<sup>22</sup> ASBF, 5.3.2.I.

<sup>23</sup> Badische Zeitung v. 27/28.1.1968; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11190.

<sup>24</sup> ASBF, 5.3.4.1.I; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11195.





Abb. 1 Rudi Dutschke und Karl Dietrich Wolff vom SDS sprechen auf der Kundgebung zum FDP-Bundesparteitag vor der Freiburger Stadthalle (Archiv Soziale Bewegungen Freiburg)

an die Stadtverwaltung.<sup>25</sup> Die Situation wurde zunächst unterschätzt: In einem Schreiben ans Bürgermeisteramt heißt es, es wäre *wohl nicht anzunehmen, daß in Freiburg die Schüler und Lehrlinge den Betrieb [des Verkehrs; L.M.] stören werden.*<sup>26</sup> Dennoch wollte die Direktion der Verkehrsbetriebe, zwar schlecht informiert, aber bereits in bester Fastnachts-Laune, auf alles vorbereitet sein. *Man könnte hier die bevorstehende Faschingszeit ausnutzen: Wenn sich jüngere Menschen auf Schienen bzw. Straßen setzen nicht gleich Polizei, sondern Lautsprech[er]-wagen mit moderner Tanzmusik. Kurze, launige Ansprache: Beim Sitzen auf der Straße frieren auch junge Leute. Wenn vor den Wagen getanzt wird, können diese auch nicht fahren. Dann Tanzmusik. Damit könnten Spitzen gebrochen und alles mehr in das Humorige verbogen werden.*<sup>27</sup> Das Ordnungsamt beurteilte die Lage etwas ernster als die Kollegen von den Verkehrsbetrieben und wies *eindringlich darauf hin, daß bei der Einführung der Tarifierhöhung auf 1. Februar mit Demonstrationen der Studenten zu rechnen sei.* An der Freiburger Universität sei die Lage gespannt. *Es bedürfe nur eines Anstoßes, um die Studenten zu entsprechenden Aktionen zu veranlassen.*<sup>28</sup> Am 25. Januar, eine knappe Woche vor der geplanten Einführung der neuen Straßenbahntarife, fand deshalb eine richtungsweisende Besprechung der Stadtverwaltung statt. In Erwartung der Proteste wurde der Termin zur Einführung erhöhter Tarife in letzter Minute um genau einen Monat – und damit in die Semesterferien – verlegt. *Die Bekanntmachung an die Zeitungen und den Wochenbericht und die Entwürfe für redaktionelle Veröffentlichungen wurden mit der Begründung technischer Schwierigkeiten rückgängig gemacht.*<sup>29</sup> An diesen Beschlüssen waren die Verkehrsbetriebe und das Amt für öffentliche Ordnung auf Direktorenebene in Rücksprache mit dem Oberbürgermeister (OB) Eugen Keidel

<sup>25</sup> Vgl. Badische Zeitung v. 19.1.1968; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11109.

<sup>26</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 8897.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 8898.

<sup>29</sup> Ebd.



beteiligt.<sup>30</sup> Die zu diesem Zeitpunkt bereits festgelegte Linie wurde bis zur tatsächlichen Einführung der neuen Tarife am ersten März nicht wieder verlassen. Gleichzeitig zeigte sich die Stadt gesprächsbereit und empfing Schülerdelegationen. Jedoch lediglich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der sich ursprünglich den Protesten anschließen wollte, zog daraufhin seine Demonstrationspläne zurück.

## Mobilisierung gegen die Fahrpreiserhöhung

In einem Flugblatt wandte sich der Studentenrat am Mittwoch, den 31. Januar, an *Dozenten und Studenten*. Die Tarifierhöhungen der Verkehrsbetriebe um bis zu 50 % seien *sozial nicht gerechtfertigt ... Der StR nimmt zur Kenntnis, daß allein Demonstrationen und sit-ins in Bremen eine Reduktion der Fahrpreiserhöhung bewirken konnten. Der StR erklärt deshalb sein Verständnis für den Fall, daß auch die Freiburger Bevölkerung zu derartigen Protestformen greift.*<sup>31</sup> Darüber hinaus formulierte der StR weitergehende Forderungen: *Öffentliche Verkehrsbetriebe müssen nicht rentabel sein. Die Öffentlichkeit zahlt ja gerade dafür Steuern, um solche gemeinnützigen Einrichtungen zu finanzieren. Deshalb müßte in einer sozialen Demokratie die Benutzung von Straßenbahnen und Bussen gebührenfrei sein.*<sup>32</sup> Bereits in dieser Stellungnahme zeichnete sich ab, dass die inhaltlichen Auseinandersetzungen nicht nur die Details der Fahrpreisgestaltung sondern grundlegende Fragen der Gesellschaft betreffen würden.

An den Schulen und der Universität hatte die *Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhung* schon Tage zuvor mit Flugblättern und Plakaten zu Demonstrationen aufgerufen. Auch sie sah sich durch die Erfolge in Bremen bestärkt. In den Flugblättern wurden die Fahrpreiserhöhungen in Verbindung mit anderen öffentlichen Ausgaben gebracht, insbesondere mit den Kosten für den Unterhalt des Schlossbergbunkers. Außerdem wurde versucht, die unmittelbare Beziehung der angesprochenen *Arbeitnehmer, Schüler und Studenten* zur Preiserhöhung herauszustellen: *Die öffentlichen Verkehrsmittel sind Ihre Verkehrsmittel! ... Wehren Sie sich in Ihrem Interesse!*<sup>33</sup> Das „Wir“ der Bewegung waren die Schüler und Studenten. Die Anderen, „Sie“, waren zunächst diejenigen Bevölkerungsgruppen, von denen Solidarisierung mit den Protesten erwartet wurde. Ausführliche Flugblätter sollten sie mit den besseren Argumenten überzeugen: *Wenn jetzt die Straßenbahnpreise erhöht werden sollen, dann sind die Betroffenen vor allem: Arbeiter, Rentner, Hausfrauen, Schüler und Studenten. Wieder einmal zahlt die breite Masse die Zeche: SIE, die Arbeiter und Angestellten, WIR, die Schüler und Studenten.*<sup>34</sup>

## Blockaden am Bertoldsbrunnen

*Freiburg wurde am Donnerstag aus seiner beschaulichen Ruhe aufgeschreckt*, kommentierte später die Badische Zeitung.<sup>35</sup> Etwa 2000 Schüler und Studenten kamen an diesem Tag, dem 1. Februar 1968, um 13 Uhr zur Demonstration an die damals stark befahrene Straßenkreuzung am Bertoldsbrunnen. *Gleich wird's grün* riefen sie im Chor am Straßenrand, gingen los, als die Ampel umsprang und blieben bei rot auf der Straße stehen. So war die Kreuzung blockiert. Der SDS-Aktivist Michael Moos rief mit dem Megaphon dazu auf, auf der Straße zu bleiben. Den Nachmittag über zogen die Demonstranten dann in der Innenstadt auf der Kaiser-Joseph-Straße zwischen Bertoldsbrunnen und Siegesdenkmal hin und her. Der gesamte Freiburger Durchgangsverkehr wurde damit lahmgelegt. Die Studentenschaft war dabei kei-

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> ASBF, 5.1.1.II; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 3137.

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> ASBF, 5.3.4.I; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 1681.

<sup>34</sup> StadtAF, M 31/3a; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9204.

<sup>35</sup> Badische Zeitung v. 2.2.1968; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11213.





Abb. 2 Schülerinnen und Schüler sitzen auf den Straßenbahngleisen und blockieren so den Bertoldsbrunnen (StadtAF M 75/1 Pos.K. 52)



Abb. 3 Michael Moos spricht mit dem Megaphon bei der Fahrpreisdemonstration am Bertoldsbrunnen (StadtAF M 75/1 Pos.K. 52)



neswegs eine homogene Gruppe. Ein ehemaliger AStA-Vorsitzender versuchte mit einem eigenen Lautsprecherwagen, die Demonstranten zur Mäßigung zu bewegen. Er rief dazu auf, die Blockaden zu beenden um sich zu Diskussionen zurückzuziehen, hatte damit aber keinen Erfolg.<sup>36</sup> Ein Stadtrat bemühte sich am Bertoldsbrunnen mit den Demonstranten ins Gespräch zu kommen. Die aber bestanden darauf, mit dem Oberbürgermeister persönlich und zwar am Bertoldsbrunnen zu verhandeln. Oberbürgermeister Eugen Keidel stellte sich den Demonstranten, allerdings nur auf dem Rathausplatz. Erst nach 5 ½ Stunden wurde die Demonstration beendet, nachdem bekannt wurde, dass der Oberbürgermeister zugesagt hatte, die Fahrpreiserhöhungen erneut zu prüfen und erst im April in Kraft treten zu lassen.<sup>37</sup>

Die erste Fahrpreisdemonstration war somit erfolgreich. Die Tariferhöhungen sollten überprüft werden, der Gemeinderat würde sich gleich in der nächsten Sitzung erneut mit dem Thema befassen, der Oberbürgermeister und andere Lokalpolitiker hatten mit den Demonstranten auf der Straße diskutiert. Um diesem Erfolg Nachdruck zu verleihen, vor allem aber um erneut zu bekräftigen, dass gar keine Erhöhungen geduldet würden, wurde zur Demonstration auch am folgenden Tag aufgerufen. *Der Charakter als SOZIALE EINRICHTUNG muß gewahrt bleiben. Oberbürgermeister Keidel sicherte gestern zu, sich für einen Aufschub bis zum 15. April einzusetzen. Dieses Versprechen genügt uns nicht: Wir fordern nicht einen Aufschub der Preiserhöhung, sondern daß die Preise überhaupt nicht erhöht werden, und für sozial besonders schwache Gruppen gesenkt werden ... Bis das geschehen ist, demonstrieren wir weiter!!*<sup>38</sup> In diesem Sinne wurde auch am 2. Februar die Kreuzung am Bertoldsbrunnen blockiert. Die Forderungen wurden selbstbewusst erhoben, waren ihrem Inhalt nach aber recht zahm. Vor allem sollte die Anerkennung als gleichwertiger Gesprächspartner gegenüber den lokalen Autoritäten durchgesetzt werden. Die prinzipielle Legitimität des Stadtrats als parlamentarische Institution und die Autorität des Oberbürgermeisters wurden nicht in Frage gestellt, sondern explizit angesprochen. Dennoch war es unerhört und skandalös, dass junge Menschen – Minderjährige! – es wagten, gezielt Regelverletzungen zu begehen, indem sie einfach den zentralen Verkehrsknoten blockierten. Dieser kollektive zivile Ungehorsam war das eigentlich Neue an den Demonstrationen und markiert im Unterschied zu früheren Freiburger Protesten einen Bruch und damit den Beginn der örtlichen 68er-Bewegung.

Der Gemeinderat befasste sich am Dienstag, den 6. Februar, tatsächlich nochmals mit der Fahrpreisgestaltung. Das Gremium blieb jedoch dabei, die Fahrpreise wie beschlossen zu erhöhen, ohne erneut darüber abzustimmen. Während der Debatte demonstrierten Schüler und Studenten auf dem Rathausplatz. Sie waren besonders erbost darüber, dass sie die Sitzung des Gemeinderats nicht verfolgen konnten. Die Stadträte hatten es entgegen einzelner Zusagen abgelehnt, die Debatte per Lautsprecher auf den Rathausplatz zu übertragen. Die Demonstranten waren als souveräne Diskussionspartner übergangen worden. Ihre Argumente wurden nicht in die Debatte einbezogen. Lapidar erklärte OB Keidel zum Abschluss der Debatte *nochmals, daß keine neuen Sachargumente vorliegen, die eine erneute Beschlußfassung notwendig machen.*<sup>39</sup> Die Aktionsgemeinschaft Freiburger Schüler verfasste daraufhin ein wütendes Flugblatt:

*Letzten Freitag wurde uns versprochen:*

*1. Der Stadtrat würde in seiner Sitzung am Dienstag als ersten Tagesordnungspunkt unsere Forderungen beraten.*

**DIESES VERSPRECHEN WURDE GEBROCHEN!**

*Der Stadtrat hat weder unsere berechtigten Forderungen beraten, noch über sie abgestimmt ...*

*2. Die Debatte sollte über Lautsprecher auf den Rathausplatz übertragen werden.*

**AUCH DIESES VERSPRECHEN WURDE GEBROCHEN!**

<sup>36</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 8994.

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> StadtAF, M 31/3a; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9204.

<sup>39</sup> StadtAF, B5 XIIIa Nr. 646 (6.2.1968); MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9213.





Abb. 4 Während der Gemeinderatssitzung am 6.2.1968 wird auf dem Rathausplatz gegen Fahrpreiserhöhungen demonstriert (StadtAF M 75/1 Pos.K. 52)

... Der Stadtrat wußte schon vor der Sitzung genau, daß er gegen die Forderungen der [sic!] Demonstranten entscheiden würde, ...

3. Der Stadtrat hat uns bewußt provoziert, als er all diese Versprechungen nicht einhielt. Er wollte sich dem ‚Druck der Straße‘ nicht beugen. Dieser ‚Druck der Straße‘ ist aber für den größten Teil der Bevölkerung die einzige Möglichkeit, ihre Forderungen auszudrücken. Deshalb ist es gerechtfertigt, wenn Schüler, Arbeiter, Studenten und Bürger dafür auf die Straße gehen. Wenn der Stadtrat sich vom ‚Druck der Straße‘ distanziert,

**VERTRITT ER NICHT DIE INTERESSEN DER BEVÖLKERUNG!**<sup>40</sup>

Das Verhalten des Gemeinderats wurde von der Aktionsgemeinschaft gegen Fahrpreiserhöhung als maßlose Provokation empfunden. Es war klar, was das für den folgenden Tag heißen musste: *Deshalb gibt es nur eins: AB HEUTE WIEDER 13:00 h BERTOLDSBRUNNEN!*<sup>41</sup>

Die Stadtverwaltung betrachtete mit der Feststellung des Gemeinderats, beim alten Beschluss zu bleiben, die Fahrpreisangelegenheit dagegen als erledigt. Für den Tag nach der Gemeinderatssitzung, Mittwoch, den 7.2.1968, wurde deshalb ein offensives Polizeikonzept vorbereitet. Bürgermeister Kiefer, zuständig für die öffentliche Ordnung, wollte es sich jedoch nicht nehmen lassen, die Demonstranten persönlich zur Freigabe der Straße aufzurufen. Erst wenn sie seine Aufforderungen nicht befolgten, wolle er *die Versammlung offiziell verbieten, auflösen und den Einsatz der Polizei bekanntgeben.*<sup>42</sup> Daraus spricht eine gewisse Hemmung, Polizeigewalt gegenüber den Freiburger Studenten und Schülern anzuordnen und anzuwenden. Dennoch wurde ein Einsatz geplant, der den unkontrollierten Protesten eine klare Grenze setzen sollte. *Über Lautsprecher sollen die Demonstranten laufend aufgefordert werden, die*

<sup>40</sup> StadtAF, M 31/3a; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9208.

<sup>41</sup> ASBF, 5.3.4.1.I; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 1683.

<sup>42</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 8955.



*Straße zu räumen. Mit verschiedenen Greiftrupps sollen die Rädelsführer aus der Menge herausgezogen und im bereitstehenden Gefangenentransportwagen abtransportiert werden.*<sup>43</sup> Diesem Konzept wurde weitgehend gefolgt. Der Erfolg trat jedoch trotz des erstmaligen Einsatzes von Wasserwerfern nicht wie geplant ein. Die Straßen der Innenstadt konnten für den fließenden Verkehr nicht freigehalten werden. In Gruppen von einigen Hundert bewegten sich die Demonstranten zwischen den Kreuzungen Bertoldsbrunnen, Siegesdenkmal und Stadttheater. Die Straßen wurden blockiert, bei Anrücken der Polizei wurde die Blockade langsam aufgegeben und an anderer Stelle fortgesetzt.<sup>44</sup>

Während draußen der Straßenkampf tobte, versuchte der Studentenrat im Theatersaal der Alten Universität eine ordentliche Sitzung abzuhalten – von vormittags 11.05 Uhr bis nachts um 3:30 Uhr des folgenden Tages. Mehrfach wurde die Sitzung unterbrochen, *um mit der Staatsanwaltschaft über die Freilassung der inhaftierten Studenten ... zu verhandeln, oder um Polizeirat Meyer [sic!] Gelegenheit zu geben, mit den anwesenden Studenten über die Demonstration am Mittwoch-Nachmittag zu diskutieren.*<sup>45</sup> Albert Maier, seinerzeit Einsatzleiter bei den Fahrpreisdemonstrationen, war aufgrund einer Schreckensnachricht in die Alte Universität geeilt. Im Polizeibericht heißt es dazu: *Gegen 01.30 Uhr erfuhren wir, daß dabei von 300 bis 400 Studenten beschlossen worden sein soll, noch in der Nacht die Haftanstalt am Holzmarktplatz zu ‚stürmen‘, wo noch festgenommene Demonstranten einsaßen.*<sup>46</sup> Als Polizeirat Maier in die Versammlung platzte, fand gerade eine ordentliche Abstimmung über den neuen AStA-Vorsitz statt. Über eine Demonstration zum Untersuchungsgefängnis war zuvor in Geschäftsordnungsdebatten verhandelt worden. *Gegen 03.50 Uhr standen etwa 50 Versammlungsteilnehmer am Holzmarktplatz. Außer von einigen Ansätzen zu Sprech-Chören fanden keine Ordnungsstörungen statt, ...*<sup>47</sup> Zeitungen berichteten über diese Nacht anderes. So schrieb die Bild-Zeitung: *Rund 100 Demonstranten versuchten, das Amtsgericht zu stürmen.*<sup>48</sup> Die Stürmung des Gefängnisses wurde – nicht nur in überzogenen Zeitungsmeldungen – tatsächlich für möglich gehalten, während die Studenten zu diesem Zeitpunkt noch nicht ernsthaft an eine militante Herausforderung des Staates dachten. Dennoch wirft diese Episode ein Schlaglicht darauf, was der revoltierenden Jugend zugetraut wurde: Alles!

Der verschärfte Polizeieinsatz am Vortag wurde als politische Antwort auf die Demonstrationen und die erhobenen Forderungen begriffen. Daraus entwickelte sich eine Dynamik der Eskalation. *Die Demonstranten werden bewusst als Ruhestörer und Krawallmacher hingestellt. Durch Einsatz von Wasserwerfern und Polizeiketten tut man so, als ob die Demonstranten im Unrecht seien. ‚Rädelsführer‘ wurden ... verhaftet und über Nacht im Gefängnis festgehalten ... Aber es gibt keine Rädelsführer: Die Demonstration ging ohne sie weiter, sie wurde sogar grösser. Verhaftet wird zum Beispiel, wer ins Megaphon spricht oder Flugblätter verteilt. So versucht man, das politische Anliegen der Demonstration zu zerstören. Die Polizei darf reden, die Demonstranten nicht.*<sup>49</sup> Weder durch Festnahmen einzelner, noch durch Räumungseinsätze der Polizei, ließen sich die Blockaden wirkungsvoll unterbinden. Sie blieben durch die flexiblen Demonstrationskonzepte, hinter der keine straffe Organisation und kein Anführer stand, ungreifbar für „den“ Staat. Die Landespolizeidirektion (LPD) sah sich in dieser Situation genötigt, in die Freiburger Vorgänge einzugreifen. Die Entscheidung, auf polizeiliche Eskalation anstatt auf politische Lösungen zu setzen, wirkt dabei unbeholfen. Es sollte sich nicht wiederholen, dass eine verbotene Demonstration stundenlang den Verkehr blockiert.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9126.

<sup>45</sup> ASBF, 5.2.0.II; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 10499.

<sup>46</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9126.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> StadtAF, C5/5373; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11296.

<sup>49</sup> ASBF, 5.3.4.1.I; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 1694.





Abb. 5 Kundgebung mit Lautsprecherwagen am Bertoldsbrunnen (StadtAF M 75/1 Pos.K. 52)

Für Donnerstag, den 8. Februar, erteilte die LPD deshalb eine Weisung an die Freiburger Polizei: *1. Der Verkehr ist ... unter allen Umständen nach allen Richtungen aufrecht zu erhalten. 2. Jede Ansammlung von Demonstranten auf der Fahrbahn ist schon im Entstehen zu verhindern. Anführer sind sofort in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen.*<sup>50</sup> In diesem Auftrag wurde auch auf unübliche Weise detailliert vorgeschrieben, wie der Einsatz durchgeführt werden sollte. Die Demonstranten zeigten sich von der polizeilichen Taktik unbeeindruckt. Auf Flugblättern wurde die mobile Blockadetechnik weiter bekannt gemacht:

*Gestern schaffte es die Polizei mit Mühe und Not, den Bertoldsbrunnen bis 18 Uhr zu räumen. Heute wird sie dasselbe schneller erreichen wollen. Um das zu verhindern, müssen wir folgende Taktik entwickeln:*

- 1. Keine Provokation der Polizei! damit setzen wir uns unnötigerweise ins Unrecht*
- 2. Beweglich bleiben! = Nicht hinter den Absperrgittern stehenbleiben, sondern sich zerstreuen und sich neu sammeln an folgenden Punkten:*

*- a) Friedrichsbau; b) Hertiebaustelle; c) Kreuzung Rotteckring-Bertoldstr.*

- 3. Nicht auf die Bürgersteige zurückgehen, sondern langsam auf den Straßen nach rückwärts gehen.*<sup>51</sup>

Die Demonstranten blieben erfolgreich. Der Polizei gelang es nicht, die Freiburger Innenstadt für den Verkehr offen zu halten. Tags darauf hatte die LPD die Geduld mit den örtlichen Ordnungsbehörden endgültig verloren. PR Maier, der das Vertrauen einiger Studenten genoss und persönlichen Kontakt zu ihnen suchte, wurde als Einsatzleiter durch einen auswärtigen Beamten ersetzt. Die Studenten gingen davon aus, dass Maier abgelöst wurde, weil er sich geweigert habe, Schlagstockeinsätze zu befehlen.<sup>52</sup> Die LPD bestritt im Nachhinein, dass es sich bei diesem Personalvorgang um einen landespolitischen Eingriff in die Freiburger Vorgänge gehandelt habe. Die interne Auseinandersetzung, die in den Monaten nach den Demonstrationen

<sup>50</sup> ASBF, 5.3.4.1.V; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9161.

<sup>51</sup> ASBF, 5.3.4.1.III; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 2194.

<sup>52</sup> ASBF, 5.3.4.1.III; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 2166.



nen zwischen der Polizeidirektion Freiburg und der Landespolizeidirektion ausgetragen wurde, belegen jedoch massive Differenzen der beiden Behörden. Der damalige Leiter der Freiburger Polizei schrieb an die LPD: *Ich hatte während der Besprechung [für den Einsatz am Donnerstag, den 8.2.1968; L.M.] mit dem Gedanken gespielt, gegen die Gesamtkonzeption der Weisung ... Einspruch zu erheben, da sie meiner taktischen und psychologischen Auffassung über den Polizeieinsatz bei Demonstrationen vom Grundsätzlichen her zuwiderliefe.*<sup>53</sup>

Auch der frisch eingesetzte auswärtige Einsatzleiter hatte am sechsten Blockadetag, Freitag, den 9.2.1968, keinen Erfolg, obwohl er es mit allen polizeilichen Mitteln versuchte. Durch den Einsatz und die wilde Entschlossenheit, die Straße notfalls frei zu prügeln, verlief der Nachmittag im Chaos. *Demonstranten blockieren mit erbeuteten Absperrgittern die Fahrbahn, anstatt dahinter zu bleiben.*<sup>54</sup> Zwar konnten vereinzelt Busse und private Personenwagen über die umkämpfte Kreuzung am Bertoldsbrunnen geschleust werden, der Preis dafür war aber recht hoch. Wasserwerfer beschädigten Geschäfte in der Innenstadt, zahlreiche unbeteiligte Bürger gerieten in die Auseinandersetzungen und wurden Opfer von Polizeigewalt und -willkür. Einige Eishockey-Interessierte, die vor dem Schaufenster eines Radio- und Fernsehgerätegeschäfts ein Spiel ansahen, wurden Ziel eines Wasserwerfers. Ohne demonstriert zu haben, fanden sie sich plötzlich auf einer Seite in der Auseinandersetzung wieder.<sup>55</sup> Die Eskalation der Auseinandersetzungen führte so auch zur Polarisierung zwischen dem Staat und zunächst unbeteiligten Bürgern. Einer der unfreiwillig in die Auseinandersetzungen Verwickelten erstellte ein Gedächtnisprotokoll zu den Vorfällen: *Ich stand am Freitag, den 10.2.68 in der Passage Radio Lauber, um mir ein Eishockeyspiel anzusehen. 15h05 kam ein Wasserwerfer (GP 3180) die Bertoldstr. Richtung Theater, hielt vor der Passage und spritzte voll in die Passage auf die Fernsehzuschauer und wiederholte diese Aktion auf der Rückfahrt.*<sup>56</sup>

Die selbstbewussten Eishockeyfreunde beschlossen spontan, sich juristisch gegen diesen Vorfall zu wehren und begaben sich auf eine Behörden-Odyssee. Von ihrer 1. Anlaufstelle, dem Polizeirevier I (heute Revier Nord) in der Bertoldstraße, wurden sie zur Staatsanwaltschaft geschickt. *Dort wurden wir ... mit Hausfriedensbruch bedroht, wenn wir die Staatsanwaltschaft nicht sofort verließen ... Bei der Kriminalpolizei wurden wir – bevor wir eine Aussage machen konnten – sehr diskriminierend empfangen und beschimpft und mit Rausschmiß bedroht, mit der Begründung: ‚Wir sind stark genug.‘ Ein – offensichtlich höherer – Beamter gab erst nach, als er nach seinem Namen gefragt wurde, und wir uns über ihn bei seinem Vorgesetzten beschweren wollten. Wir wurden dann auf fünf Beamte verteilt, die unsere Personalien aufnahmen und unsere Aussage anhörten, ohne sie zu notieren. Daraufhin erklärten sie sich für nicht zuständig. Anschließend bedrohten sie uns mit einer Anzeige wegen Teilnahme an einer unerlaubten Demonstration.*<sup>57</sup> Was als eine Art Freiburger Familienstreit zwischen „der Jugend“ und „den Stadtvätern“ begann, hatte sich innerhalb einer Woche zur offenen Konfrontation zwischen Staatsgewalt und Bürgern ausgewachsen.

## Die Reaktionen nach den Protesten

Für Freitagabend, den 9. Februar, hatte die *Aktionsgemeinschaft Demokratischer Schüler und Studenten* zu einem Hearing unter dem Motto *ARGUMENTE statt BLOCKIERUNG des Verkehrs* ins Haus der Jugend geladen. Schüler und Studenten sollten dort mit Bürgermeister und Stadträten diskutieren.<sup>58</sup> Die Veranstaltung wurde bereits angekündigt, als die Auseinander-

<sup>53</sup> ASBF, 5.3.4.1.V; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9184.

<sup>54</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 8991.

<sup>55</sup> Vgl. StadtAF, C5/5372; ASBF, 5.3.4.1.III; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 8991, 9091, 2147.

<sup>56</sup> ASBF, 5.3.4.1.III; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 2147.

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> StadtAF, M 31/3a, 1968-1970; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9197.



setzungen noch eskalierten.<sup>59</sup> Nachdem tagsüber die Straßenkämpfe geführt worden waren, fanden sich am Abend 1500 der Konfliktgegner, darunter auch OB Keidel, zur Diskussion im Haus der Jugend ein. Die Ergebnisse des Abends veranlassten die *Aktionsgemeinschaft demokratischer Schüler und Studenten* in einem Flugblatt aufzurufen: *Vorerst keine Demonstrationen mehr*.<sup>60</sup> Die Ergebnisse des turbulenten Abends waren:

1. Der gemeinderat [sic!] wird am Donnerstag, den 15. Februar 1968, erneut die Erhöhung der Straßentarifberate beraten.
2. Zahlreiche Stadträte haben zugesagt, sich für eine Übertragung der Stadtratsdebatte auf dem Rathausplatz einzusetzen.
3. Die anwesenden Schüler und Studenten verpflichten sich einhellig, bis Donnerstag auf Demonstrationen zu verzichten.<sup>61</sup>

Bis zur Sondersitzung des Gemeinderats gab es daraufhin tatsächlich keine Demonstrationen mehr. Die Auseinandersetzung wurde auf die publizistische Ebene verlagert. Im Zentrum standen dabei vor allem die Fragen um Recht- und Verhältnismäßigkeit der Polizeieinsätze gegen Schüler und Studenten. Der Oberbürgermeister ließ ein Plakat zum *Ungeklärten Zwischenfall* verbreiten. Unter diesem Titel hatte die Badische Zeitung über die Verletzung eines Studenten durch die Polizei berichtet.<sup>62</sup> Der AStA hielt mit dem *Freiburger Extrablatt*<sup>63</sup> dagegen. Die Kontrahenten stellten ihre unterschiedlichen Perspektiven zu den Vorgängen während der Demonstrationen und Polizeieinsätze dar und machten sich gegenseitig für die Gewalt verantwortlich. Von OB Keidel wurde dabei auch die falsche Meldung über den Versuch, das Gefängnis zu stürmen, kolportiert, wobei er gleichzeitig behauptete, *einmal ein objektives Bild von einigen Vorgängen der letzten Tage [zu] geben*.<sup>64</sup> Dem OB wurde dagegen vorgeworfen, er würde quasi im direkten Auftrag Freiburger Geschäfte für *die Interessen der wirtschaftlich ohnehin Starken den Knüppel einsetzen*.<sup>65</sup>

## Die Stadt – hinter den Kulissen

Im Bürgermeisteramt ließ man sich durch die Polizei während der Demonstrationen über die sogenannten Rädelsführer gut informieren. Listen von Studenten, *die anlässlich der Demonstrationen vom 1.2. bis 9.2.1968 besonders hervortraten*, wurden vom Bürgermeisteramt an die Universität weitergeleitet. *Diese Unterlagen sollen dem Rektor der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br., den Dekanen der theologischen Fakultät, rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät, medizinischen Fakultät, philosophischen Fakultät sowie dem Akademischen Disziplinarbeamten der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. zwecks weiterer Veranlassung zur Verfügung gestellt werden*.<sup>66</sup> Auch über die Schüler wurden Listen geführt, die neben den persönlichen Daten zusätzlich Angaben zur Schule und Klasse der Jugendlichen enthielten. Ins Rädelsführerverzeichnis gelangte, wer festgenommen wurde. Einzelne wurden durchaus in Strafverfahren zur Verantwortung gezogen. Insgesamt aber wurde das Verhalten der Schüler und Studenten zwar missbilligt, aber nicht als kriminell stigmatisiert. Dennoch wurde versucht, ihnen die Arbeit zu erschweren. Dafür wurde u. a. ein informelles Bündnis zwischen der Stadtverwaltung und der Freiburger Geschäftswelt genutzt. So wurde im Namen des Oberbürgermeisters und des Regierungspräsidenten das Plakat zum *Ungeklärten Zwi-*

<sup>59</sup> StadtAF, C5/5373; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11317.

<sup>60</sup> ASBF, 5.3.4.1.I; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 1679.

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> StadtAF, C5/5373; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11363.

<sup>63</sup> ASBF, 5.3.4.1.I; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 1684.

<sup>64</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9005.

<sup>65</sup> ASBF, 5.3.4.1.I; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 1684.

<sup>66</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9047.



*schenfall* gratis gedruckt und verteilt.<sup>67</sup> Die Gegenmeinung des AStA war nicht erwünscht. In der Freiburger Oberschicht sprach sich herum, dass der OB verärgert über das *Freiburger Extrablatt* war. Die Geschäftsleitung des Rombach Verlags entschuldigte sich persönlich für den Druck des Flugblattes, das *in solch schäbiger Weise die Freiburger Verhältnisse anprangert*, und erklärte, *daß wir aus eigenem Entschluß die Herstellung der ‚Freiburger Studentenzeitung‘ abgegeben haben*. Flugblätter würden nicht mehr unbesehen, also unzensiert, gedruckt.<sup>68</sup> Auch die Stadt zeigte ihrerseits Entgegenkommen gegenüber der Freiburger Geschäftswelt. Einem Ladeninhaber gegenüber erklärte sie sich bereit, die *Adressen der Ruhestörer* zu nennen, damit er gerichtlich gegen die Demonstranten vorgehen könne.<sup>69</sup>

Welche Haltung Keidels Handeln bestimmte, zeigt sich in der Antwort auf eine Bürgerzusage. Eine kleine Minderheit wolle *all das zerstören ... was seit dem Krieg mit so viel Geduld, Beharrlichkeit und Opfern von allen Gutwilligen aufgebaut und geleistet wurde*.<sup>70</sup> Gegen den Undank der ersten Nachkriegsgeneration schloss man sich zusammen. In den Auseinandersetzungen wurden die Bürgermeister, die Stadträte, kurz die Repräsentanten der Stadt regelmäßig als *Stadtväter* bezeichnet.<sup>71</sup> Dieser Begriff trifft sehr gut die paternalistische Beziehung der städtischen Funktions- und Würdenträger – übrigens ausnahmslos Männer – zu den Demonstranten. Während die Schüler und Studenten um ihre Anerkennung als politische Subjekte stritten, behandelten die *Stadtväter* die Angelegenheit wie einen Freiburger Familienstreit. Sie waren bereit, mit „harter Hand durchzugreifen“, aber betrachteten die Demonstranten doch als „ihre“ Jugend und nicht als Vertreter einer feindlichen politischen Kraft.

## Die Gemeinderatsentscheidung

Unter reger öffentlicher Teilnahme begann am Nachmittag des 15. Februars die Sondersitzung des Gemeinderats, die eine Woche zuvor im Haus der Jugend durchgesetzt worden war. Diesmal fand die Sitzung im Historischen Kaufhaus statt und die Debatte wurde per Lautsprecher auf den Platz übertragen, so dass alle Interessierten sie verfolgen konnten. Zu Beginn der Sitzung sprachen Vertreter des DGB, des AStA und der Schüler. Der AStA-Vertreter argumentierte: *Ein städtisches Defizit kann z. B. auch durch Steuererhöhungen, Subventionskürzungen ausgeglichen werden ... Warum haben eigentlich die Gemeinden nicht lautstarke Proteste erhoben, als die Mehrwertsteuer auch für kommunale Versorgungsbetriebe eingeführt wurde? Warum wenden sie sich nicht gegen Notstandsmaßnahmen des Bundes, für die der Schloßbergbunker ein eindrucksvolles Beispiel ist? ... Wenn die Verwaltung die stattgefundenen Demonstrationen verurteilt möge sie dabei aber bedenken, daß diese für die Betroffenen das einzige Druckmittel waren, das zur Verfügung steht ... Durch die Demonstrationen entstand eine neue Situation, über die der Gemeinderat aber nicht diskutieren wollte. Eine Verschärfung der Proteste war die zwangsläufige Folge. Der Oberbürgermeister hat darauf hin wiederum mit verschärftem Polizeieinsatz reagiert*.<sup>72</sup> Die Schülersprecherin schloss sich den studentischen Positionen an: *Die Schüler sind mit den Tariferhöhungen bei der Straßenbahn nicht einverstanden und haben daher in der bekannten Weise demonstriert. Es war dies ihr einziges Mittel um sich Gehör zu verschaffen. Leider sind die Schüler beim Gemeinderat auf eine oft starre unnachgiebige und unkluge Haltung gestoßen ... Die Schüler stehen hinter den bekannten Argumenten der Demonstranten*.<sup>73</sup>

<sup>67</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9042.

<sup>68</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9158.

<sup>69</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9054.

<sup>70</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 8986.

<sup>71</sup> Vgl. StadtAF, C5/5373; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11258, 11266, 11347.

<sup>72</sup> StadtAF, B5 XIIIa Nr. 646 (15.2.1968); MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9379.

<sup>73</sup> Ebd.



Der Gemeinderat trat nach den Stellungnahmen der Interessengruppen in eine insgesamt fünfstündige Debatte über die Straßenbahntarife ein. Danach wurde endgültig beschlossen, die Tarife, wie sie bereits seit Dezember festgelegt waren, zum 1. März einzuführen und um kleinere soziale Vergünstigungen und eine weitere Wochenzeitkarte zu ergänzen.

Die Freiburger Schüler und Studenten konnten sich mit ihren Argumenten und Forderungen nicht durchsetzen. Dennoch unterblieben weitere Demonstrationen. In Flugblättern rief die *Aktionsgemeinschaft gegen die Fahrpreiserhöhung* am folgenden Tag zu weiteren Protesten auf. Wer die ‚Diskussion‘ gestern im Stadtrat miterlebt hat, weiß, was von solchen Redereien zu erwarten ist: *NICHTS!*<sup>74</sup> Der Aufruf wurde vor allem unter Schülern verteilt. Um 13 Uhr fanden sich nur 30 bis 40 Demonstrationsentschlossene ein. Statt zu blockieren, diskutierten sie mit dem Oberbürgermeister, der ebenfalls zum Bertoldsbrunnen gekommen war. Der SDS verteilte derweil Flugblätter, in denen er zur Teilnahme an der Berliner Vietnamkonferenz aufrief.<sup>75</sup>

Einen Tag vor Einführung der neuen Tarife wurde in der Uni noch einmal öffentlich über die Fahrpreise und Demonstrationen diskutiert. Die Nachbereitung der turbulenten Demonstrationstage lief zu diesem Zeitpunkt bereits. Zahlreiche Schüler und Studenten bekamen etwa zwei Wochen nach der letzten Demonstration Vorladungen zur Kriminalpolizei. Sie wurden verhört, sollten weitere Namen nennen und wurden eingeschüchtert.<sup>76</sup> Die Verhöre taten ihre Wirkung. *Wir durften nicht zur Demonstration aufrufen (Rädelsführer...)*, hieß es in einem Flugblatt, das am Tag der Tarifierhöhung vor Schulen verteilt wurde. Aber *wir können ja mal gucken, ob um 13 Uhr am Bertoldsbrunnen demonstriert wird.*<sup>77</sup> Etwa 30 bis 40 Protestierer fanden sich ein, aber die Verkehrspolizei hatte mit ihnen keine Mühe.<sup>78</sup> Die Schüler und Studenten konnten ihre zentralen Forderungen letztlich nicht durchsetzen. Gescheitert war ihre Bewegung damit aber noch nicht.

## Die Bürgerinnen und Bürger

Die Reaktionen der Freiburger Bevölkerung auf die Fahrpreiserhöhungen und Demonstrationen lassen erahnen, welche weitreichende Wirkung die Demonstrationen in verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen entfalteten. Bemerkenswert ist, dass viele, die gar nicht direkt an den Auseinandersetzungen beteiligt waren, aktiv wurden, um ihre Meinung zu äußern. In den Tagen der Demonstrationen wurden viele Briefe geschrieben: Leserbriefe an die Zeitungen, an den Oberbürgermeister, an den AStA. Darin wurde zwar keineswegs durchgängig Zustimmung zu den Protesten geäußert. Dennoch waren die Reaktionen aus der Bevölkerung ein direkter Erfolg der Demonstrationen. Die häufig stark emotional formulierten Zuschriften bezeugen, wie sehr viele durch die Proteste bewegt wurden. Einzelne Beispiele können Eindrücke von der erregten Debatte vermitteln. Das Spektrum der Meinungen war erwartungsgemäß breit gefächert.

Die meisten Verfasserinnen und Verfasser beteiligten sich an der Diskussion um die Formen der Demokratie, um die Fragen, wie bzw. ob die jüngere Generation in öffentliche Entscheidungen eingebunden werden sollte. Wechselseitig wurden den Demonstranten und der Stadtverwaltung undemokratisches Verhalten vorgeworfen. So gab es Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung, mit dem *randalierenden Saupack* nicht fertig zu werden und die Aufforderung an den Oberbürgermeister: *Bitte scheuen Sie auch keine Gewaltaktionen.*<sup>79</sup> Die Proteste wurden als

<sup>74</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9055.

<sup>75</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9058, 9059.

<sup>76</sup> ASBF, 5.3.4.1.III; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 2212.

<sup>77</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9106.

<sup>78</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9124.

<sup>79</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 8986.



*nationalsozialistische Umtriebe am Bertoldsbrunnen* diffamiert.<sup>80</sup> Eine Zuschrift aus dem Münstertal enthielt die Mitteilung, dass angesichts der Zustände auf die *übliche Einkaufsfahrt nach Freiburg* verzichtet würde, um nicht *plötzlich randalierenden Jugendlichen im Einkaufszentrum ausgeliefert zu sein*.<sup>81</sup> In der Hoffnung, so der Bewegung zu entgehen, haben einige einen großen Bogen um die unruhige Stadt geschlagen. Schließlich gab es noch die verkümmerten Kämpfer gegen den Kommunismus: *Mit Glacéhandschuh kann man die Verbrecher gegen die Stadt Freiburg nicht anfassen, sondern rücksichtslos radikal vorgehen, in der Studentenschaft befindet sich mindestens 70 % Kommunisten ... Ich belauschte die letzten Tage Gespräche von Studenten u. Studentinnen, die von der Ostzone nach hier kamen. Meine Äußerungen beruhen auf Wahrheit*.<sup>82</sup> Wie gleichmütig der Wahn des alten Mannes aufgenommen wurde, zeigt die Antwort von OB Keidel: *Sehr geehrter Herr K.! Für Ihre freundlichen Zeilen vom 9.ds.Mts., die für mich sehr wertvoll und genugtuend waren, danke ich Ihnen sehr herzlich*.<sup>83</sup> Dieser gegenseitige Respekt, der informelle Pakt einer Generation, war weitaus schwerer anzugreifen als eine Gemeinderatsentscheidung.

Die Lage wurde von einigen dennoch gegenteilig beurteilt. Sie sprachen den Schülern und Studenten ihren Dank aus: *Einige tausend Bürger halten als Protestierende und Zuschauer die Stadt in Atem. Das ist ungewohnt, weil wir in 20 Jahren sehr wenig mit den Regeln der Demokratie vertraut gemacht wurden*.<sup>84</sup> In einer Zeitungsanzeige wurde in diesem Sinne *die gezielte Verhaftung besonders aktiver demokratischer Schüler und Studenten* scharf verurteilt.<sup>85</sup> Eine Mutter von 5 Kindern fand in einem Brief an OB Keidel ebenfalls anerkennende Worte für die Demonstranten. *Die Fahrpreiserhöhungen der St.[-ädtischen] Verkehrsbetriebe sind nicht für große Familien zumutbar ... Was mich an der ganzen Sache besonders erbost ist die Haltung fast aller Bürger, im Bus und auf der Straße wird geschimpft, viel zu teuer, unverschämt und wenn die Erhöhung durchgesetzt wird dann geht das schimpfen erst recht los. Heute aber fallen sie alle den Schüler und Studenten in den Rücken, die auch für uns Bürger mit protestieren*.<sup>86</sup> Für sie hießen höhere Fahrpreise, auf Sonntagsausflüge mit der ganzen Familie verzichten zu müssen. Den Demonstranten fühlte sie sich entsprechend verbunden.

## Das Ende der Bewegung ohne Ende des Protests

*Revolten kennen im allgemeinen nur das Scheitern, sonst wären sie Revolutionen*.<sup>87</sup> Auch die Freiburger Fahrpreiskämpfe sind mit ihren unmittelbaren Zielen gescheitert. Der Blick auf die Ereignisse im Februar 1968 lässt Irritationen, Verunsicherungen, rebellisches Lebensgefühl, Skandale, Spaß und Ärger erkennen. In dieser Situation wurde ein Damm gebrochen. Einmischung und Revolte wurden erprobt und gehören seitdem in Freiburg zum Alltag politischer Auseinandersetzungen. Diese Geschichte ist deshalb nicht bloß der verlorene Kampf um die Erhöhung der Straßenbahntarife, denn die *gescheiterte Revolte indessen greift in die Geschichte ein, sie setzt Zeichen, die teils verschwinden, um später wieder aufzutauchen, sie verändern doch die Welt*.<sup>88</sup> Der Moment einer solchen gesellschaftlichen Veränderung lässt sich anhand der Freiburger Fahrpreiskämpfe von 1968 nachvollziehen.

Im März 1968 eröffnete der Republikanische Club. Damit verfügte Freiburg über sein erstes

<sup>80</sup> Ebd.

<sup>81</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9011.

<sup>82</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9020.

<sup>83</sup> Ebd.

<sup>84</sup> StadtAF, C5/5373; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11432.

<sup>85</sup> StadtAF, C5/5373; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11433.

<sup>86</sup> StadtAF, C5/5372; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 9086.

<sup>87</sup> AGNOLI (wie Anm. 4), S. 10.

<sup>88</sup> Ebd.



alternatives Zentrum, wo Teach-ins veranstaltet wurden und Schüler ihre Treffen in Räumen abhalten konnten, die nicht von Erwachsenen kontrolliert wurden. Der Musiker Walter Moßmann schrieb zur Eröffnung des Clubs ein Lied, in dem Inhalte und Lebensgefühl der Bewegung Ausdruck finden:

*aus welchen löchern kommen die bloß dauernd her?  
die stören unseren alltäglichen verkehr  
und werden immer schlimmer, nämlich immer mehr  
die hocken renitent und hordenweis  
auf unsres bürgermeisters trambahngleis  
die beißen sich in staatsaffären fest  
die man doch lieber weiterschwären lässt  
die schrein: verflucht es lebe vietnam!  
und ziehen lästerliche bärte an  
und schamlose plaketten  
drauf steht wie sie's gern hätten...*

*aus welchen löchern kommen die bloß dauernd her?  
die haben bomben nicht und auch kein schießgewehr  
und werden trotzdem immer schlimmer, nämlich immer mehr  
die spielen anstatt flöte - megaphon  
das hat so einen hungrigen ton  
auch kommt so manches rüde lied heraus  
aus dem verdammten jakobinerhaus  
und wenn der bürger kunstgenüßlich schweigt  
weil kiesinger sein notständchen geigt  
da reden sie in chören  
den kunstgenuss zu stören<sup>89</sup>*

Die APO hatte viele Aktionsfelder und strebte den nächsten Aktionen entgegen. Schwerpunkt aber blieb dabei auch in Freiburg die Mobilisierung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Hunderte Freiburger fuhren am 11. Mai 1968 zum *Sternmarsch auf Bonn*, um gegen die Gesetzesvorhaben zu demonstrieren.<sup>90</sup> Wenige Tage darauf, zur zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag, wurde in Freiburg demonstriert. Die Schüler riefen einen Streik aus und zogen durch die Stadt.<sup>91</sup> Der Bundestag stimmte trotz der bundesweiten Proteste Ende Mai den Notstandsgesetzen zu. Doch auch nach dieser Niederlage kam die Stadt nicht mehr zur Ruhe. An neuen Themen entzündete sich außerparlamentarischer sozialer Protest. Anfang der 70er-Jahre wurden in Freiburg erste Häuser besetzt und der Bau eines Kernkraftwerks in Wyhl am Kaiserstuhl wurde in einem jahrelangen Kampf verhindert. Die Aktivisten der Bewegungen wechselten zum Teil, doch Erfahrungen wurden weitergegeben.

<sup>89</sup> MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 12237.

<sup>90</sup> ASBF, 5.3.3.III; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 11107. Vgl. Freiburger Studentenzeitung, 6/1968: Freiburger Notstand, S. 12 f.; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr.12084.

<sup>91</sup> Vgl. ASBF, 5.3.3.III; MÜLLER (wie Anm. 1), Dok.-Nr. 12135.